

1934 - 1945

Der sozialdemokratische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8 - 1993

15 Schilling

Ein Hauch von Sozialdemokratie Impressionen vom 33. Bundesparteitag

Wenn man der österreichischen Presse Glauben schenken wollte – und da bestätigen Ausnahmen die Regel –, dann war am heurigen 33. Parteitag der Sozialdemokratie nichts Besonderes dran. Es gab keine Querelen, und sogar die Streichungen bei der Wahl des Parteivorstandes konnten an einer fast stalinistisch massiven Billigung des Wahlvorschlages nichts ändern. Die Leitformel des Parteitages strotzte vor Solidität: „Sicherheit in einer bewegten Welt“, lokale und internationale Aspekte raffiniert einfach zusammenfassend. Und das neue ABC der Partei, „Arbeit, Bildung, Chancengleichheit“, als Untertitel geführt, erwies sich als überaus wirksame Kombination von origineller Formulierung und politischer Substanz. Daß man statt des mit Recht kritisierten Parteiymbols (SPÖ auf peruanischer Fahne, als blauer Fünfterndrink klassifiziert) eine provokant stilisierte rote Nelke in den Mittelpunkt der Parteioptik stellte, war – vielleicht ungewollt – ein programmatisches Aviso: „Sozialdemokratische Positionen – aktueller denn je.“ Diesen Titel hatte die Kärntner Organisation ihrem ideologischen Antrag gegeben, der am Anfang des Antragskapitels „Wegweiser für die Zukunft“ stand.

Bereits im Folgekapitel „Die neue Sozialdemokratie“ fand sich ein Antrag unseres Bundes, den aus dem Statutenentwurf gestrichenen Begriff „Demokratischer Sozialismus“ wieder ins Parteistatut aufzunehmen. Man ließ es auf eine Abstimmung erst gar nicht ankommen. Im Antragsheft las man: „Im Statut berücksichtigt.“ Nun wird dafür zu sorgen sein, daß auch das kommende neue Parteiprogramm diesen unverzichtbaren politischen Wertbegriff enthält. Zwei weitere Anträge des Bundes zum Kapitel „Demokratie und Sicherheit“, betreffend die Ermahnung der Behörden zu nachdrücklicher antifaschistischer Aktivität sowie zur rechtlichen Gleichstellung von politischen „Sühnedienst“ leistenden Zivildienern, fanden eine zwar unterschiedliche, doch positive Erledigung: Der Antifaschismus-Antrag ging im schärfer formulierten Rechtsextremismus-Antrag der Sozialistischen Jugend auf und wurde ebenso wie der Zivildienstantrag einstimmig angenommen (es darf angemerkt werden, daß unser Antifaschismus-Antrag von einigen unserer Genossen als zu scharf formuliert kritisiert worden war).

Die bereits zuvor, auf dem Wiener SPÖ-Parteitag, hörbar gewordenen Töne: „Wir sind die Partei der kleinen Leute“ fanden auch in der Wiener Stadthalle nachdrückliche Resonanz. Und hatte sich nach dem Wiener Parteitag Herr Haider zur hastigen Retourkutsche entschlossen, dies sei eigentlich die FPÖ, so kam nach dem Bundesparteitag der Parallelvorstoß des Herrn Busek, der die kleinen Leute für die ÖVP reklamierte. Der Delegierte des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer sah sich durch die Parteitagsdiskussion und die Referate desgleichen in der von ihm immer wieder verfochtenen Ansicht, die SPÖ hätte sich als die Partei der Arbeitenden in unserem Land zu deklarieren, spät, aber doch bestätigt.

Die auf eigenen Wunsch im Hintergrund der übrigens höchst unzulänglich ausgeleuchteten Wiener Stadthalle sitzende Genossin Rosa Jochmann hat dies wohl mit großer Genugtuung aufgenommen. Es muß übrigens gesagt werden, daß sie die gesamten Parteitagsvorgänge aufmerksam und unermüdlich verfolgt hat, was nicht gleichermaßen von

Fortsetzung auf Seite 2



„Ein Anliegen, dem ich mich ganz besonders verpflichtet fühle, ist der Kampf gegen den Antisemitismus. Ein Kampf, der nicht so sehr durch Überzeugung oder Aufklärung zu gewinnen ist, sondern vor allem dadurch, daß wir heute daran arbeiten, die gesellschaftlichen Voraussetzungen nie wieder eintreten zu lassen, auf denen der Antisemitismus gedeihen konnte. Wir haben auf diesem Gebiet schon einiges geleistet. Ich erinnere an meine Erklärung vor dem österreichischen Nationalrat vor zwei Jahren, an die Tatsache, daß wir sicher keine Kollektivschuld haben, daß aber einzelne Österreicher sehr, sehr schwere Schuld auf sich geladen haben. Ich erinnere an die intensive Aufklärung an den Schulen. Dies alles nur mit einem Ziel: den Antisemitismus zu verhindern.“

(SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky in seiner Rede vor dem 33. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 3. Juni 1993 in Wien, Foto: Votava.)

Rosa Jochmann besuchte renovierten jüdischen Friedhof

Genossin Rosa Jochmann besuchte am 13. Juni 1993 den jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs, wo seit November 1991 Renovierungsarbeiten stattfinden.

Nach empörenden Grabschändungen im Herbst 1991 hatte der Wiener Privatmann Walter Pagler am 7. November 1991 gemeinsam mit Universitätsprofessorin Erika Weinzierl und Ing. Rollwagen den Verein „Schalom“ der Öffentlichkeit präsentiert, der sich die vollständige Sanierung des jüdischen Teiles des Wiener Zentralfriedhofes beim Tor 1 zum Ziel gesetzt hat.

Rund 60.000 Gräber befinden sich auf diesem Areal. Nur mehr für 20.000 von ihnen gibt es Nachkommen, und die sind in alle Welt verstreut. Die Kinder und Enkel derer, die in den anderen Gräbern bestattet sind, wurden Opfer des Holocaust, und Walter Pagler meinte bei der Präsentation seines Vereines, daß die Renovierung und Pflege dieser Gräber ein besonderes Anliegen sei, zu dem die Geschichte verpflichtet.

In den nunmehr eineinhalb Jahren seit der Vereinsgründung haben rund 1.200 freiwillige Helfer in etwa 21.000 Arbeitsstunden das Gebüsch auf den Gräberfeldern gerodet, so daß nunmehr wieder alle Gräber zugänglich sind. Mit Hilfe des Bundesheeres wurden hundert Bombenkrater aus dem Zweiten Weltkrieg eingeebnet und die Grabsteine aus bis zu vier Meter Tiefe geborgen. 1,5 km Wege wurden asphaltiert. Neben dem



Bundesheer waren auch Polizeischüler, viele Schulklassen und engagierte Einzelpersonen bei der Renovierung tätig. Selbst aus dem Ausland – jüngst sanierte der Lehrkörper eines Hamburger Gymnasiums 97 Gräber – kommen Helfer.

Darüber hinaus wurden auf Grundlage der Sterbebücher der Kultusgemeinde, mit der der Verein „Schalom“ eng zusammenarbeitet, alle auf dem Friedhof bestatteten Personen per Computer genau aufgelistet, und man kann auch die durch Bomben zerstörten Gräber wieder genau lokalisieren.

Für heuer hat sich der Verein die Sanierung von 10.000 Gräbern vorgenommen. Derzeit werden die verblaßten Inschriften auf den Grabsteinen erneuert, eine Arbeit, die auch von unerfahrenen Laien durchgeführt werden kann.

Wer bei der Sanierung des jüdischen Friedhofs mithelfen will, kann Spenden an den Verein „Schalom“, Postscheckkonto 9300.3399 einzahlen oder direkt am Friedhof mithelfen (Wiener Zentralfriedhof, Tor 1, Telefon 877 13 71). Gearbeitet wird von Montag bis Freitag zwischen 6 und 17 Uhr sowie an Sonntagen von 7.30 bis 12.30 Uhr.

Fortsetzung von Seite 1

einer großen, vielleicht der überwiegenden Zahl der Parteitage delegierten gesagt werden kann, die zeitweise eher im Foyer, und dort nicht bei den Polit-Ständen, sondern bei der Getränkeaufnahme weilten, wenn sie nicht im Saal mit umfänglicher Privatkonzversation beschäftigt waren. Das ist freilich keine Zeitercheinung, das hat ebenso Tradition auf Parteitag wie auch eine gewisse autoritätsbezogene Einstellung zu den verschiedenen Vortragenden. So konnte etwa der triumphal wiedergewählte Parteivorsitzende mit überdurchschnittlicher Delegiertenpräsenz und auch mit relativ erheblicher Aufmerksamkeit rechnen. Sein politisches Referat, das im Bekennnis zur Verpflichtung für die Erringung der Vollbeschäftigung ebenso gipfelte wie in der Feststellung, daß es gelte, Österreich als Industriestandort zu erhalten, daß es nur eine Industrie in diesem Lande gebe und die verstaatlichten Betriebe nicht „zweite Wahl“ seien, fand nachhaltigen, allgemeinen Beifall.

Die Referate der Minister Hesoun, Lacina und Scholten fanden bedauerlicherweise wesentlich weniger Aufmerksamkeit. Es ist unverständlich, daß die kritische Analyse unseres Sozialsystems, die Darlegung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gegebenheiten sowie die für die gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung so entscheidenden Schul- und Bildungsfragen nicht auf eine vergleichbare allgemeine Aufnahmebereitschaft stoßen. Selbst die Erörterung der hochbrisanten Mietenproblematik begegnete einer geradezu troglodytischen Ignoranz. Man erappte sich da bei einem Linken gar nicht gut anstehenden Überlegung: Es muß nicht einfach sein, diese Partei zu führen, wenn das die Elite sein soll.

Es war zu erwarten, daß sich der Parteitag auch der Vereinigung Europas zuwenden werde, was vor allem durch umfängliche Referate sozialistischer Europapolitiker unterstrichen wurde, deren Ausführungen zeitlich und in bezug auf das inhaltliche Gewicht ihrer Aussagen

weit über den Rahmen üblicher Begrüßungsreden hinausreichten. Freilich vermißte man die gewünschte kritische Ausgewogenheit, die einer guten Sache eher dienlich denn abträglich sein mußte. Aber damit wurde lediglich an die wenig geglückte bisherige öffentliche Erörterung der Problematik eines zur Einigung strebenden Europas angeknüpft, und man muß bedauern, daß der ansonsten überaus ermunternde Parteitag damit einen Schwachpunkt aufzuweisen hatte.

Die Zusammenfassung der Substanz der vielen und vielgestaltigen Anträge an den Parteitag in Leitansätzen, die sicherlich eine griffigere Ansatzmöglichkeit für die politische Umsetzung bilden, muß hinsichtlich der beachtenswerten redaktionellen Leistung begrüßt werden, wenngleich stets darauf zu achten sein muß, daß kein wesentlicher Inhalt verlorengeht.

Fortsetzung auf Seite 3



„Gerade an Adolf Hitlers Geburtstag gegründet“

Ein Bericht von der Gründung der VAPO-Gruppe in Gmunden

In dem Prozeß gegen den Neonazi Gottfried Küssel, der am 7. Juli auf unbestimmte Zeit verurteilt wurde, verweigerte der als Zeuge aufgerufene 25jährige Alexander Forsterpointner die Aussage. Er gilt als Anführer der „Kameradschaft Gmunden“ der „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO) und wurde bereits wegen Wiederbetätigung rechtskräftig zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Ein Kapitel in dem neu erschienenen Buch von Wolfgang Purtscheller „Aufbruch der Völkischen – Das braune Netzwerk“ (Picus Verlag, Wien 1993, 448 Seiten, 360 Schilling) fußt auf einer langen Aussage des Alexander Forsterpointner, aus der wir im folgenden seinen Bericht über die Gründung der VAPO-Gruppe Gmunden abdrucken.

Die Versammlung wurde von Günther Reinthaler mit einigen Grußworten eröffnet. Als nächster Redner ergriff Hans-Jörg Schimanek (Gaubeauftragter für NÖ) das Wort. Er referierte über den Aufbau der „VAPO“ in Niederösterreich. So erzählte er u. a., daß bereits in St. Pölten, Krems, Wiener Neustadt und Langenlois aktive Kameradschaftsgruppen bestehen.

Schimanek erklärte, wie eine Kameradschaftsgruppe geführt wird, daß er es in NÖ so eingerichtet habe, daß monatlich ein Gauappell abgehalten werde. Zu diesem Appell müssen die Kameradschaftsführer erscheinen und einen Tätigkeitsbericht über ihre Kameradschaftsgruppen machen. Weiters halte er – monatlich – für seine Kameradschaftsgruppen in Langenlois Wehr-

sporttage ab. Er berichtete auch über die Tätigkeiten an diesen Wehrsporttagen. Ziele dieser Wehrsporttage seien: Die Teilnehmer lernen Disziplin und Gehorsam, üben, wie man sich bei Demonstrationen zu verhalten habe (hauptsächlich darauf gezielt – Demos, an denen Linke beteiligt sind), und es wurde auch für die Demo anlässlich des Wiener Opernballes trainiert.

Reinhold Kovar (war am 20. 4. 1991 der Gaubeauftragte für Wien) sprach über die Kameradschaften, die seinem Gau unterliegen. Damals existierten in Wien zwei Kameradschaften.

Nach Kovar sprach Gottfried Küssel.

Er erzählte über die Anfänge der „VAPO“-Bewegung. Küssel nahm im Jahre 1985 oder 1986 in Frankfurt am Main an einem Treffen von Rechtsextremisten teil. Es waren ca. 50–60 Leute, und die Teilnehmer kamen aus verschiedenen europäischen Ländern. Außer Michael Kühnen nannte er keine Namen. Bei diesem Treffen hatte er die Idee, eine rechtsextreme Organisation in Österreich aufzubauen. Im Jahre 1986 gründete er dann die **Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO)** in Wien. Zuerst war es nur eine kleine Gruppe, doch mit der Zeit setzte doch ein gewisser Zulauf ein. Österreichweit dürfte die „VAPO“ heute ca. 300 Mitglieder haben. Küssel baute in der Folge sogenannte Gaue (identisch mit Bundesland) auf. Die Gaue wurden von sogenannten Gaubeauftragten geführt. Diese Gaubeauftragten hatten die Aufgabe, in ihren verantwortlichen Bereichen **Kameradschaften** zu gründen. Küssel referierte auch über den Opernball und erzählte, daß im Jahre 1990 eine große Demo gegen den Wiener Opernball in Wien stattfand. Organisiert wurde diese Demo von Kommunisten und linken Gruppen. Auch er war mit einer kleinen „VAPO“-Gruppe bei dieser Demo, und es kam zu einem Zusammenstoß mit linken Demonstranten. Die Kameraden haben sich jedoch hervorragend geschlagen. Küssel mein-

te, daß eine kleine, gut ausgebildete, paramilitärische Gruppe einer großen Anzahl **Linker** an Kampfkraft überlegen ist. Daher werde innerhalb der „VAPO“ die militärische Ausbildung der Mitglieder forciert.

Weiters zeigte er sich befriedigt, daß die **Kameradschaft Gmunden** gerade an **Adolf Hitlers Geburtstag** gegründet wird. Küssel referierte weiters noch über die Ziele der „VAPO“.

Er sei felsenfest überzeugt, daß die „VAPO“ in einigen Jahren die Macht in Österreich übernehmen werde und er der Führer und dann somit auch der Regierungschef sei. Er meinte, als die „VAPO“ in Österreich gegründet wurde, waren nur sehr wenige Kameraden in dieser neu entstandenen Organisation. Nach sechs Jahren ihres Bestehens sei die „VAPO“ enorm gewachsen, und der Zulauf zur „VAPO“ wird jedes Jahr mehr. In etwa 10 Jahren sei dann die „VAPO“ so stark, daß sie eventuell ins Parlament kommen könne. Die „VAPO“ würde dann in „NSDAP“ umbenannt. Küssel wollte vorerst mit legalen Mitteln versuchen, an die Macht zu kommen, falls dies nicht möglich sei, bliebe als einziger Ausweg nur die Gewaltanwendung.

Im Klartext heißt dies, Küssel wollte mit einem Putsch die Macht in Österreich ergreifen und die rechtsstaatlichen Einrichtungen ausschalten.

In seinen Zielen sah er sich auch darin bestätigt, weil in der BRD die rechtsextreme Bewegung immer mehr Mitglieder und Parteien hervorbrachte. Er spekulierte auf ein Überschwappen dieser rechtsextremen Bewegung auf Österreich.

Küssels großes Vorbild **Adolf Hitler** hatte diesen Verlauf in ähnlicher Weise schon einmal vorexerziert, und die Geschichte zeigt, daß es ihm auch gelungen ist.

Ähnlich wie es **Adolf Hitler** machte, wollte es auch **Gottfried Küssel** nachvollziehen.

Küssels Plan (abgeschaut von der SA) war, kleine, kampfstärke, bestens militärisch und politisch geschulte Gruppen zu installieren. Im Laufe der Zeit wachsen die Gruppen und sind für den Kampf bereit.

In seinen Ausführungen wettete er auch gegen die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP.

Nach dem offiziellen Teil wurde an den Tischen noch über verschiedene Themen gesprochen. Kovar setzte sich an

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 2

Dies zu beachten, wird für den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer künftig leichter sein. Es konnte erreicht werden, daß dem Bund statutarisch statt bisher ein Parteitage delegierter nunmehr zwei ordentliche Delegierte zugebilligt sind.

Wenn der Bundesparteivorsitzende die Worte fand: „Wenn ihr eine Adresse sucht, an die ihr euch mit euren Anliegen und denen eurer Eltern, Großeltern und Enkel wenden könnt, so ist die Sozialdemokratische Partei die erste Adresse in dieser Republik“ und wenn der Wiener Obmann, Dr. Häupl, die Parole ausgab: „Wir lassen niemand im Stich“, so bedarf es der Feststellung, daß dies nicht nur aktueller Auftrag ist, sondern auch Verpflichtung, einiges zum Besseren zu wenden, das die Sozialdemokratie in jüngster Vergangenheit nicht ausreichend wahrgenommen hat. Eine deutliche Deklaration der politischen Position, verbunden mit einer überzeugenden Politik müßten das voranbringen können, wozu der 33. Parteitag ermutigt hat. HP

Kurz gemeldet

4 Jahre Haft für VAPO-Gaubeauftragten

Wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung nach den Paragraphen 3a (2) und 3g des Verbotsgesetzes und weil er in der „VAPO“ (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) als „Gaubeauftragter“ führend tätig war, um Österreichs Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu untergraben, wurde der 33jährige Geschichte-Student **Günther Reinhaller** am 5. Juli von einem Geschworenengericht in Salzburg zu vier Jahren Haft verurteilt. Weitere Schuldsprüche erfolgten nach dem Waffengesetz sowie wegen Nötigung und gefährlicher Drohung gegenüber Zeugen. Der Mitangeklagte 24jährige **Jürgen Liphay** wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei ihm nahmen die Geschworenen keine führende Rolle in der „VAPO“ an. Den Tatbestand der Wiederbetätigung habe er durch Unterstützung der „VAPO“ sowie durch Pickerl- und Schmieraktionen erfüllt. Beide Verurteilten erhoben Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung gegen das Urteil.

Kapfenberger AHS-Lehrer und die Auschwitz-Lüge

Der vom Dienst suspendierte Chemie- und Physiklehrer am Kapfenberger Gymnasium, der 45jährige Magister Herfried Wagner, mußte sich Anfang Juni 1993 vor dem Straflandesgericht Leoben nach dem Verbotsgesetz verantworten. Er habe im Unterricht die NS-Zeit sehr positiv beurteilt und sei auch mit der Auschwitz-Lüge hausieren gegangen („In den Gaskammern von Auschwitz wurden Kleider desinfiziert. Dort sind mehr Menschen an Typhus gestorben, als umgebracht wurden“, soll Wagner vor Schülern gesagt haben). Nach dem Verbotsgesetz wurde Herfried Wagner freigesprochen. Wegen des Vergehens der Verhetzung wurde er zu drei Monaten bedingt verurteilt (*Kleine Zeitung*, 8. Juni 1993).

Fortsetzung von Seite 3

unseren Tisch, und er verkaufte uns ein Buch, und zwar das „Politische Lexikon“ von **Michael Kühnen**. Dieses Buch dürfte sich jetzt in Bad Ischl befinden. **H. und Tischler** haben es dort irgendeinem Typ gegeben. Weiters kauften wir noch von **Kovar** drei Musikkassetten mit Marschmusik. Am Abend endete die Versammlung.

Erfolge gegen den Rechtsextremismus

Innenminister **Dr. Franz Löschnak** gab am 6. Juli einen Überblick über Erfolge der Exekutive gegen den Rechtsextremismus. Zwischen 1980 und 1992 wurden von der Exekutive demnach 1.147 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz erstattet, 420 Anzeigen wegen Verhetzung und 753 Verwaltungsstrafanzeigen wegen der Verbreitung von Druckwerken mit neonazistischem Inhalt sowie nach dem Abzeichengesetz. Es wurden 28 Aufenthaltsverbote gegen ausländische Rechtsextremisten erlassen, zwölf Vereine wurden aufgelöst und 62 Veranstaltungen untersagt oder aufgelöst. Eine Reihe von rechtsextremistischen und neonazistischen Druckwerken wurde beschlagnahmt. Mit den Verfahren gegen die amtsbekannten Rechtsradikalen **Walter Ochensberger**, **Fritz Rebhandl**, **Gerd Honsik** und **Gott-**

fried Küssel seien die führenden rechtsradikalen Identifikationsfiguren der österreichischen Szene „unter Kontrolle“, sagte Minister Löschnak und sprach sich dagegen aus, die rechtsradikale Szene zu verharmlosen. Die Rechtsextremisten in Österreich seien zahlenmäßig keine große Gruppe, dies entbinde den Rechtsstaat jedoch nicht von der Verpflichtung, den Anfängen zu wehren. Löschnak wandte sich auch dagegen, diese Gruppierungen als Sammelbecken von „Lausbuben“ zu bezeichnen. Es habe sich auch deutlich gezeigt, so der Innenminister, daß die Gruppen untereinander und mit rechts-extremen und rechtsextremistischen Organisationen in Deutschland, den USA, in Kanada, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei in Verbindung stünden.

Gedenken an die NS-Bücherverbrennung

Anläßlich des 60. Jahrestages der Bücherverbrennung durch das NS-Regime fand am 10. Mai 1993 im Parlament in Anwesenheit zahlreicher Politiker aller Fraktionen eine Gedenkveranstaltung statt, zu der Nationalratspräsident **Dr. Heinz Fischer** und die Grazer Autorenversammlung eingeladen hatten. Fischer rief in seinen Begrüßungsworten zu einem „gemeinsamen Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie und zur Humanität“ auf. Der Präsident der Akademie der Künste in Berlin, **Walter Jens**, appellierte an alle Schriftsteller, „wachsam und solidarisch zu sein mit **Salman Rushdie**, denn die Bücherverbrennung ist uns immer noch voraus“. Die Bücherverbrennung vor 60 Jahren bezeichnete der Altphilologe als „Absage an den Internationalismus der Literatur, Verrat der Vernunft und Verhöhnung der vom Intellekt geprägten Publizistik“. Bei der Bücherverbrennung durch Studenten in den deutschen Universitätsstädten wurden am 10. Mai 1933 Werke von fast 200 mißliebigen, vor allem jüdischen Autoren vernichtet. In Österreich gab es keine breit angelegte, koordinierte Bücherverbrennung. Nur in Salzburg wurde Ende April 1938 am Residenzplatz die Naziaktion „nachgeholt“. Etwa 1.200 Bücher wurden damals verbrannt (*Wiener Zeitung*, 11. Mai 1993).

Bundespräsident empfing Internationales Mauthausen-Komitee

48 Jahre nach der Befreiung aus der „Hölle von Mauthausen“ empfing Bundespräsident **Dr. Thomas Klestil** am 11. Mai 1993 Vertreter des Internationalen Mauthausen-Komitees, dem ehemalige politische Häftlinge aus 17 europäischen Ländern angehören. Dabei unterstrich der Bundespräsident, daß sich eine Nation zu ihren großen, aber auch zu dunklen und beschämenden Stunden bekennen müsse. Der Präsident des Internationalen Mauthausen-Komitees, der Luxemburger **Josef Hammelmann**, sagte, es sei an der Zeit, dem österreichischen Volk für seine Haltung und seine Bemühungen zur Bewahrung der Gedenkstätten zu danken (*Wiener Zeitung*, 12. Mai 1993).

Glöckel-Symposium: Lehrlinge für Gewalt anfällig

Der Kampf gegen den aufkeimenden Rechtsradikalismus muß in der Berufsschule beginnen. Darüber war man sich beim 5. Internationalen Glöckel-Symposium in Wien in einer Podiumsdiskussion über das „Aufkommen radikaler Tendenzen“ quer durch die Parteien einig. Unterrichtsminister **Dr. Rudolf Scholten** meinte, daß immer mehr Lehrlinge zu Gewalt „verführbar“ wären. Gesellschaftliche Ängste – vor allem die Angst um den eigenen Arbeitsplatz – seien schuld daran. Um wirksam gegenzusteuern, müßte vor allem die soziale Stellung der Lehrlinge verbessert werden, sagte Scholten. Bei dem Podiumsgespräch waren, bezeichnenderweise mit Ausnahme der FPÖ, alle Parteien vertreten (*Wiener Zeitung*, 16. Mai 1993).

Korrektur

In der Nummer 5/6 des „Kämpfer“ wurde auf Seite 4 der Name des Herausgebers des Neonazi-Blattes „Sieg“ falsch geschrieben. Er heißt nach wie vor **Walter Ochensberger** (nicht Ochsenberger).



Das Blutbad im Prater am 23. August 1848

Im Organ der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer vom April erschien eine eingehende Würdigung von Karl Marx anlässlich der 110. Wiederkehr seines Todestages und seines 175. Geburtstages. Der nachfolgende Aufsatz bringt einen gedrängten Bericht über die Anwesenheit von Marx in Wien in den August- und Septembertagen 1848. Als Karl Marx von Köln über Berlin nach Wien fuhr, wußte er vom Massaker der reaktionären Soldateska am 23. August noch nichts.

Nachdem am 25. und 26. Mai 1848 der Plan der Pillersdorfschen Verfassung am Bündnis der Arbeiter mit den Studenten und der Akademischen Legion scheiterte, die Arbeiterschaft vom Wahlrecht zum Reichstag auszuschließen, und die Hofkamarilla in der zweiten Etappe der Revolution vom Mai auch den Arbeitern das Wahlrecht zuerkennen mußte, ertrotzten sich diese die Bildung eines Sicherheitsausschusses, der für alle Belange der Arbeiterschaft zuständig wurde.

Friedrich Sander, der Geselle und eindeutige Arbeiterführer in den Monaten der Revolution, erkannte, Sozialdemokrat geworden, die Gunst der Stunde und gründete den ersten Arbeiterverein und nahm sich der vielen Arbeitslosen an. Wenn auch die Entlohnung karger war als die üblichen Schundlöhne, so half er damit vielen arbeitslosen Arbeiterfamilien, sich über Wasser zu halten. Es gab ein Dutzend solcher Erdarbeiterprojekte. Die größten waren beim Bründlbad (4.000 Arbeiter), in der Brigittenau (3.600), im Prater (3.400) und in der Taborau (1.000).

Um den 20. August verfügte der für die Arbeitsbeschaffung zuständige Minister Schwarzer eine Reduktion der Frauenlöhne. Die Arbeiterschaft merkte, daß dies erst die erste Etappe zur weiteren Lohnreduktion und Aufgabe der Notstandsarbeiten war. Vertreter der Erdarbeiter sprachen bei den zuständigen Ministerien vor, doch der Arbeitsminister blieb bei den Kürzungen. Es kam zu Demonstrationen der Arbeiter. Am 23. August wollten die Arbeiter friedlich in die Stadt marschieren, um die Regierung zu veranlassen, die schändliche Lohnreduktion zurückzunehmen. Doch die Reaktion schaltete den Sicherheitsausschuß aus und blieb hart.

Nationalgarde, Sicherheitswache und Militär wurden aufgeboten, und es kam an den verschiedensten Stellen Wiens zu blutigen Auseinandersetzungen und zu einem gräßlichen Massaker am Gelände des Praters beim Donaukanal.

Das Ergebnis waren 22 Tote und 300 Schwerverwundete. Herbert Steiner und andere Wissenschaftler haben dieses Massaker geschildert, das von großer Brutalität zeugt, mit der die bewaffnete Macht der Reaktion vorging. Was in den

April- und Maitagen der Hofkamarilla und ihren Lakaien nicht gelang, sollte jetzt gelingen: die Arbeiterschaft und die revolutionären Demokraten niederzurücken und die Herrschaft des Adels, des Klerus und Großbürgertums wiederherzustellen. Man zwang den Sicherheitsausschuß, das einzige soziale Organ, das sich die Arbeiter im Mai 1848 errungen hatten und das im Volke Vertrauen genoß, sich selbst aufzulösen. Die Reaktion triumphierte. Neben den Toten und Verwundeten gab es zahlreiche Verhaftungen und Mißhandlungen der Arbeiter und revolutionären Demokraten. Noch wagte die Reaktion den entscheidenden Stoß gegen die Revolution nicht, denn das revolutionäre Ungarn war noch nicht niedergerungen.

Die Revolutionsmonate Mai bis August

Nach dem Pillersdorfschen Anschlag, der an dem Bündnis der Arbeiter und Studenten (Akademische Legion) scheiterte, konnte die Arbeiterbewegung große Erfolge erzielen. Das allgemeine Wahlrecht, auch für die Arbeiter, wurde ertrotzt. Wenn es auch nicht wirksam werden konnte, so war der Horizont der Zukunft plötzlich erhellt, und die große Mission der österreichischen Arbeiterbewegung von Generationen war aufgezeigt. In dieser Situation floh am 17. Mai der Kaiserhof heimlich nach Innsbruck und kehrte erst am 12. August 1848 nach Wien zurück, als die Reaktion den gemeinen Schlag gegen die Revolutionäre und Arbeiterschaft wagte.

„Quelle der Freiheit“

Der fortgeschrittenste Mann unter den Arbeitern war entschieden Friedrich Sander. Er hat sich vom Schuhmacher- gesellen zum Buchdruckergesellen entwickelt und sich durch Selbstbildung ein Wissen angeeignet, das für die damalige Zeit erstaunlich war. Er rang sich zu Erkenntnissen durch, die Karl Marx als Wissenschaftler und Philosoph in seinen Werken wiedergibt. Als er vom Kommunistischen Manifest hörte und seinem Verfasser, studierte er alles, was er von diesen Männern erwischen konnte. Er wurde zum ersten Sozialisten der Revolution 1848 in Österreich. Er schrieb in

der demokratischen „Constitution“: „Sozialismus ist eine neue berechnete Wissenschaft.“ In dieser demokratischen Zeitung erschien ein mutiger Artikel, der die kapitalistische Wirtschaft anprangerte und von tiefer Erkenntnis der Zusammenhänge zeugt. Die wichtigsten Passagen dieses Artikels lauten:

„Schon seit Wochen warte ich, daß einer von euch Bürgern, ihr Dichter und Schriftsteller und Gelehrten, sich auch unser, der Arbeiter, annehmen und unsere Rechte vertreten möge ... vergebens! Wir haben mit euch gefühlt, gebetet, mit euch gerungen und mit euch gebuhelt. Ihr aber wißt nichts von uns, erkennt uns nicht, mit eurer Weisheit. Seht ihr es wirklich nicht, daß wir in Dummheit, im Elend, in jämmerlicher Unwissenheit schmachten? Wer ist denn das Volk? Sind wir nicht wenigstens der größte Teil desselben? Wir aber verlangen Bildung und möchten sie von euch verlangen. Bildung als die einzige Quelle der Freiheit! Seht darnach, daß der Stumpfsinn vermindert werde, daß auch die geringsten ihre Würde erkennen; laßt es sie einsehen, daß niemand mehr oder weniger sein soll und kann als ein Mensch. Macht es klar, daß Vorrecht Unrecht ist! Kann aber ein geplagter Mensch, der sich bei schwerer Arbeit von vier bis acht Uhr abmüht, Sinn für das Wahre, Gute und Schöne haben? Kann er die Erziehung seiner Kinder besorgen? Kann er sich um die Interessen des Vaterlandes kümmern? Nein! ... Auch wir verlangen die Verminderung der Arbeitszeit. Wie, soll nicht endlich der Selbstsucht der Hals gebrochen werden, die auf Kosten anderer nach einem höheren Platz strebt? Und verschmäht, niedere zu sich heraufzuziehen?“

Und nun hört einmal ihr Reichen, die ihr verächtlich auf unseren abgeschabten Rock, auf unsere derben, harten Hände blickt und nur wißt, wie man den sauer verdienten Lohn schmälert ... Alle Nachteile der Zeit tragen wir, wir allein, und mit Unrecht für euch mit. Seht her, indessen ihr schlemmt, leiden viele von uns bitter Not. Mancher Familienvater ist bekümmert, woher er morgen Brot

Fortsetzung auf Seite 6

Kurz gemeldet

Arbeitskreis „Ausländerfeindlichkeit“

Am 26. Mai 1993 fand wieder ein Arbeitskreis des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer mit dem Thema „Ausländerfeindlichkeit“ unter der Leitung des Gen. Bruno Litzka statt. Gin. Waltraud Mayer sprach über ihre Broschüre zur „Ausländerfeindlichkeit“. Gen. Peter Lhotzky hielt das Hauptreferat.



Fortsetzung von Seite 5

nehmen soll ... Schämt ihr euch nicht, das Geschlecht, dem ihr selber angehört, so zu entehren? Ihr denkt daran, frei zu sein? Sklaven seid ihr euer selbst und macht auch uns zu Sklaven. Unmenschlich ist es, zu schwelgen und den Armen weinen zu sehen. Die Zukunft wird lehren, wohin Verzweiflung und Verbitterung führen, wie es die Geschichte schon deutlich genug zeigt.

Ihr aber, Brüder, ihr Arbeiter und Armen, wacht auf! ... laßt uns fest zusammenhalten und auf unsere Rechte bestehen. ... Dann wissen wir, wofür wir kämpfen, und unser Waffenklang soll in ganz Europa wiederhallen! Noch einmal: wacht auf! Erkennt, gefürstet seid ihr alle s a m t. Die Freiheit führt Beweis, daß ihr von Göttern stammt."

Karl Marx in Wien

Karl Marx weilte vom 27. August bis 7. September 1848 in Wien. Er war vom Arbeiterbildungsverein des Friedrich Sander und von dem intellektuellen bürgerlichen Demokratischen Verein eingeladen worden. Er erlebte hautnah in Wien, wie sich der Klassenkampf zuspitzte und sich die Reaktion anschickte, die Revolution niederzutampeln. So konnte er die Bestätigung für seine Erkenntnisse hier in Wien finden. Seine drei Vorträge im Arbeiterbildungsverein und Demokratischen Verein und seine Debatten mit Revolutionären und Arbeitern fanden großes Echo. Die Arbeiter haben Karl Marx nicht immer verstanden, noch nicht. Aber sie spürten den Geistesflug dieses weisen Mannes und merkten, daß er es gut mit ihnen meine ...

Nicht nur die „Neue Rheinische Zeitung“, deren Redakteur Karl Marx war, schrieb über seine Vorträge und Debatten, sondern auch viele Wiener und ausländische Zeitungen befaßten sich mit seinen Erkenntnissen. Karl Marx erlebte in Wien den Beginn der Bauernbefreiung von den Grundlasten und mußte später, wie Friedrich Sander, feststellen, daß die Bauern nach ihrer „Befreiung“ von der Reaktion vereinnahmt wurden, sich von der Revolution abwandten und damit die Arbeiter, die mit Kudlich, dem Bauernvertreter, für die Freiheit kämpften, im Stiche ließen. Letztere kämpften auf verlorenem Posten und konnten von Windischgrätz und Jellačić am 31. Oktober niedergedrungen werden.

Im Demokratischen Verein

Neben dem Arbeiterbildungsverein des Friedrich Sander war der Demokratische Verein eine der fortschrittlichsten Institutionen der Wiener Revolution. Im Demokratischen Verein schlossen sich Vertreter des liberalen Bürgertums zusammen. Der Demokratische Verein hielt Verbindungen mit Arbeitervereinen. Deshalb wurde er von den Reaktionären bekämpft. Es war daher verständlich,

Zum Schicksal der österreichischen Juden 1938–1945

Bei seinem Staatsbesuch in Israel wurde Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky mehrmals bezüglich der 1938–1945 verfolgten österreichischen Juden angesprochen. Die diesbezüglichen Daten sind erschütternd und seit längerer Zeit auch weitgehend bekannt.

Ungefähr 65.000 österreichische Juden wurden in Ghettos und Vernichtungslagern umgebracht. Ins Ausland vertrieben wurden ungefähr 110.000 Juden. Bisher ist es aber nicht gelungen, ganz genaue Zahlen und Details festzustellen. Diese Forschungslücke ermöglichte es rechtsextremen Kreisen, besonders in den letzten Jahren, manche Verfolgungen abzustreiten oder zu verkleinern.

Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes beginnt gegenwärtig ein wissenschaftliches Projekt über „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“. Diesbezügliche Forschungen sollen in verschiedenen Orten in Österreich sowie in zuständigen Archiven, im Ausland, in den ehemaligen Konzentrationslagern und auch bei Familienangehörigen und Freunden der Betroffenen durchgeführt werden.

Florian Freund und Hans Safrian stel-

len nun in einer faktenreichen Broschüre dieses wichtige Projekt vor.

In 12 Kapiteln werden ihre Überlegungen dargestellt. Schon 1940 setzten die ersten Deportationen österreichischer Juden ein. Bis 1943 gab es nur noch wenige Juden in Österreich. Weitere kleinere Transporte wurden bis Februar 1945 veranlaßt.

Das Projekt will das Schicksal jener Menschen genau dokumentieren, die 1938 bis 1945 durch „Selbstmord“ oder Mord ums Leben gekommen sind. Im Einvernehmen mit dem Internationalen Suchdienst vom Roten Kreuz wird bei der Erfassung eine möglichst geringe Fehlerquelle angestrebt. Eine genauere Überprüfung jedes einzelnen Schicksals wird aber kaum möglich sein. Schon die vorliegende Beschreibung dieses wissenschaftlichen Projektes enthält viele konkrete Angaben über das tragische Schicksal der Juden in Österreich. H.S.

Florian Freund, Hans Safrian: Vertreibung und Ermordung. Zum Schicksal der österreichischen Juden 1938–1945. Das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1993, 45 Seiten.

daß Karl Marx im Demokratischen Verein am 28. August einen Vortrag hielt. Karl Marx versuchte, die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erläutern. Er wies darauf hin, daß, wie in Paris, die Arbeiterschaft im Juni 1848 niedergedrungen wurde, sich auch in Wien dieses Schauspiel wiederhole. Es handle sich um die Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und dem Proletariat. Im gegenwärtigen Kampf muß den Arbeitern das Bewußtsein gegeben werden ihrer Kraft und Bedeutung. Man hat bisher von zwei Gewalten gesprochen, vom Kaiserhaus und dem Reichstag, man dürfe aber die bedeutendste Gewalt, die des Volkes, nicht vergessen. Karl Marx konnte auch die Massenmanifestation anläßlich des Begräbnisses der Opfer des 23. August erleben.

Im Arbeiterbildungsverein

Karl Marx hielt im Arbeiterbildungsverein, auf Einladung von Friedrich Sander, zwei Vorträge, am 30. August und 2. September 1848. Er berichtete über die Arbeiterbewegungen in Deutschland, England, Frankreich und Belgien. Er sprach über die Bedeutung der organisierten Arbeiterbewegung als die wich-

tigste Kraft der nationalen und internationalen Revolution. Er sprach über den Heldenmut der Pariser Arbeiterschaft bei ihrer Niederschlagung durch die Soldateska im Juni 1848. Dadurch wurde die Revolution auch in den anderen Ländern niedergedrungen.

Karl Marx versuchte den Arbeitern zu erklären, daß im Kapitalismus die Arbeitskraft eine Ware sei. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, um leben zu können. Im Kapitalismus spitzt sich der Konflikt zwischen den Klassen des Besitzbürgertums und dem Proletariat zu. Karl Marx war bemüht, seine Ausführungen so populär wie möglich zu gestalten. Am 7. September reiste er ab.

Seine Ausführungen führten zum, wenn auch kurzlebigen, Aufschwung des Wiener Arbeiterbildungsvereines und der Arbeiterzeitungen. Auch ein Frauenverein wurde gegründet, damals noch von den Männern belächelt. International kam es zur Organisierung von Arbeiterparlamenten. Auch in Österreich sollte ein solches entstehen. Die Oktoberereignisse und das blutige Ende der Revolution haben dies verhindert.

Auf die weiteren Ereignisse einzugehen ist hier weder der Raum noch war es das Thema.

Prof. Willi Krula

Neue politische Bücher

„Russische Revolutionäre in Wien 1900–1917“ ist der Titel der zu einem lesenswerten Buch überarbeiteten Diplomarbeit von **Paul Kutos** (Jahrgang 1968). Das Buch beschreibt das Leben von bekannten Revolutionären, wie Trotzki, Lenin, Stalin und Bucharin, in Wien, aber auch jener Emigranten, die zwar weniger Spuren in der Geschichte hinterlassen, aber dennoch das Leben der Revolutionäre in Wien wesentlich erleichtert haben, wie Alexander und Elena Trojanowski oder Semjon Kljatschko, dessen Tochter Aline als verheiratete Furtmüller in den Jahren 1922 bis 1934 sozialdemokratische Wiener Gemeinderätin war. (**Passagen Verlag, Wien 1993, 144 Seiten, 210 Schilling**)

*

Ein satirisches Bild einer Kleinstadt in der österreichisch-ungarischen Monarchie entwirft der Roman „**Brennende Dörfer**“ von **Leo Katz** (1892–1954), der im New Yorker Exil des Autors entstanden ist und jetzt erst in der Reihe „Antifaschistische Literatur und Exilliteratur“ des **Verlages für Gesellschaftskritik (Wien 1993, 175 Seiten)** erschienen ist. Die Erzählung handelt im Jahr 1907 in der Heimatstadt des Autors, Sereth in der Bukowina, in der ukrainisch, rumänisch, jiddisch und deutsch nebeneinander gesprochen wurde. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und ein Bauernaufstand jenseits der rumänischen Grenze bilden den Rahmen des mit feinem Humor verfaßten Romans.

*

Einen „Schnellschuß“ nennt Autor **Peter Pelinka** selbst im Vorwort sein bei **Ueberreuter (Wien 1993, 210 Seiten, 298 Schilling)** erschienen Buch „**Heide Schmidt – Eine Provokation**“. Mit der Gründung des Liberalen Forums hat die frühere FPÖ-Spitzenfunktionärin Heide Schmidt für einige Aufregung in der österreichischen Innenpolitik gesorgt, und nach der Landtagswahl in Niederösterreich sind die Erwartungen in die FPÖ-Abspaltung Liberales Forum noch gestiegen. Pelinkas Buch gliedert sich in eine kurzgefaßte Geschichte der FPÖ, ein längeres Interview mit Heide Schmidt und Kommentare von Journalistenkollegen und Politikern.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Willi Krula, Bruno Liszka, Rainer Mayerhofer, Hugo Pepper, Hans Waschek, Gilbert Was-serberger.

Nicht „Kollektivschuld“, aber kollektive Verantwortung



Bundeskanzler Vranitzky und seine Frau Christine am 9. Juni 1993 in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem (Foto: APA; Barbara Gindl).

„Wir müssen der Katastrophe ins Auge schauen, die von der Nazi-Diktatur über mein Land gebracht wurde: Hunderttausende Österreicher, viele von ihnen Juden, wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen, kamen in den Nazi-Schlachthäusern um oder wurden gezwungen zu fliehen und alles zurückzulassen – Opfer einer degenerierten Ideologie und des totalitären Strebens nach Macht. Viele weitere Österreicher starben auf dem Schlachtfeld und in den Bombenschutzräumen.“

Es gab jene, die mutig waren, dem Wahnsinn aktiv Widerstand zu leisten, oder versuchten, den Opfern zu helfen und dabei ihr eigenes Leben riskierten. Aber viel mehr gliederten sich in die Nazi-Maschinerie ein, einige stiegen in ihr auf und gehörten zu den brutalsten und scheußlichsten Übeltätern.

Wir müssen mit dieser Seite unserer Geschichte leben, mit unserem Anteil an der Verantwortung für das Leid, das nicht von Österreich – der Staat existierte nicht mehr –, sondern von einigen seiner Bürger anderen Menschen und der Menschheit zugefügt wurde. Wir haben

immer empfunden und empfinden noch immer, daß der Begriff ‚Kollektivschuld‘ auf Österreich nicht anzuwenden ist. Aber wir anerkennen kollektive Verantwortung, Verantwortung für jeden von uns, sich zu erinnern und Gerechtigkeit zu suchen.

Wir teilen die moralische Verantwortung, weil viele Österreicher den Anschluß begrüßten, das Naziregime unterstützten und bei seinem Funktionieren halfen. Wir dürfen jene nicht vergessen, die unaussprechliche Schicksale erlitten, wir dürfen jene nicht vergessen, die dieses Leiden verursachten, und wir dürfen jene nicht vergessen, die Widerstand leisteten.

Wir bekennen uns zu allem, was in unserer Geschichte geschehen ist und zu den guten und schlechten Taten aller Österreicher. So wie wir für unsere guten Taten Kredit fordern, müssen wir für unsere schlechten um Verzeihung bitten – um die Verzeihung jener, die überlebt haben, und um die Verzeihung der Nachfahren der Opfer.“

(Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am 10. Juni 1993 vor der Hebräischen Universität Jerusalem.)

Das Rote Wien 1918–1934

Eine eindrucksvolle Ausstellung über die Aufbauleistungen des Roten Wien in den Jahren von 1918 bis 1934 ist bis **5. September 1993** im Historischen Museum der Stadt Wien am Karlsplatz anlässlich des Jubiläums der Republikgründung vor 75 Jahren zu sehen. Im Mittelpunkt der Schau stehen die Wohn-

bauten des Roten Wien, die an Hand von Fotos und Modellen vorgestellt werden. Im Hof des Museums ist ein Grundriß einer Gemeindebauwohnung in Originalgröße angebracht, so daß man die Wohnung begehen kann. Zu sehen sind auch historische Parteifahren sowie eine originale Uniformjacke und eine Schirmmütze des Republikanischen Schutzbundes.



DVR:0029601/FK/723/919
HERRN
JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1010 Wien

P.b.b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Abschied von Alfred Weissmann

Unser Genosse Alfred Weissmann ist am 13. Juni 1993 im 86. Lebensjahr gestorben. Genosse Weissmann wurde am 9. August 1907 in Wien geboren und hat in seinem langen Leben in vielen Funktionen für die österreichische Arbeiterbewegung gewirkt. Begonnen hat er in der Jugendbewegung. Er war vor 1934 Bezirksobmann der SAJ in Wien-Leopoldstadt und hatte auch zentrale Funktionen, wie Wiener Organisationsreferent, Bildungsfunktionär und Leiter der Jungen Front. Nach den Februar-Ereignissen gehörte Genosse Weissmann den Revolutionären Sozialisten (RS) an und war ein enger Mitarbeiter unserer unvergeßlichen Genossin Käthe Leichter. Seine illegale Tätigkeit übte er unter dem Decknamen „Werner Jahn“ aus. 1935 wurde er verhaftet und war einer der Angeklagten im großen Sozialistenprozeß des Jahres 1936, in dem Bruno Kreisky seine große Rede gegen den Austrofaschismus als Hauptangeklagter gehalten hat. Genosse Weissmann, dem die Anklage vorhielt, „führender Funktionär im illegalen sozialdemokratischen Bildungsausschuß“ gewesen zu sein und an der Brünner Reichskonferenz teilgenommen zu haben, wurde nach langer Untersuchungshaft freigesprochen und blieb weiterhin mit den illegalen RS in Verbindung. 1938 emigrierte Genosse Weissmann ins Ausland. Paris, London und die USA waren seine Stationen. In den USA besuchte er eine Uhrmacherschule und war später in dieser Branche Leiter eines Unternehmens. Er war aber auch Mitglied des österreichischen Arbeiterkomitees in den USA, gemeinsam mit Friedrich Adler und Wilhelm Ellenbogen. Von 1945 bis 1975 war er Vorsitzender der amerikanischen Freunde der österreichischen Arbeiter und hat für Österreich viel getan. 1975 kehrte Genosse Weissmann nach Österreich zurück und beteiligte sich sofort wieder in vielen Funktionen an der Arbeit der österreichischen Arbeiterbewegung. Er wirkte in der Bildungsarbeit mit und war vor allem Mitbegründer der Alt-SAJ. Hier war er

der große Aktivist und Motor der vielen Zusammenkünfte der Mitglieder der Alt-SAJ. 1976 erhielt Genosse Weissmann die Victor-Adler-Plakette. Auch an den Redaktionssitzungen für unsere Zeitung, den „Kämpfer“, wirkte Genosse Weissmann mit Rat und Tat mit.

Bei der Trauerfeier am 25. Juni 1993 am Wiener Südwestfriedhof sprach Vizebürgermeister a. D. Hans Bock Worte des Gedenkens. Er bezeichnete Genossen Weissmann als „die Inkarnation eines Sozialisten“ mit allen besten Werten eines Idealisten, der seine Gesinnung nie verleugnet hat, auch in den schlimmsten Zeiten nicht. Er habe zu jenen gehört, die immer gegeben haben, die nie an das Nehmen dachten. In seinen letzten Lebensmonaten habe Genosse Weissmann menschliches Leid erdulden müssen, der Verlust seiner Frau habe ihm schwer zugesetzt und ihm viel Kraft gekostet. Genosse Bock brachte der Trauergemeinde auch einen Brief des Nationalratspräsidenten, Genossen Dr. Heinz Fischer, zur Kenntnis, in dem er seiner Erschütterung über den Tod des Genossen Weissmann Ausdruck gab, „der sein Leben lang für die Ziele der Sozialdemokratie eingetreten ist und dafür auch verfolgt und angeklagt wurde“, wie es in dem Brief Fischers heißt. Unter den zahlreichen Trauergästen befanden sich auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Peter Marizzi und Genosse Hugo Pepper. Die Trauerfeier endete mit dem „Lied der Arbeit“.

Burgenland

Landeskongress. Die Landeskongress fand am 20. März 1993 mit der Neuwahl des Landesvorstandes statt.

Beim Punkt Eröffnung und Begrüßung sprach die Volksanwältin Mag. Evelyn Messner. Sie ist zugleich im Landesvorstand der SPÖ-Burgenland. Sie sprach Begrüßungsworte und hielt eine kurze Rede zu verschiedenen antifaschistischen Themen.

Der alte Vorstand wurde wie bisher einstimmig gewählt:

Landesvorsitzender: Stefan Billes.
Landesvorsitzender-Stellvertreter: Friedrich Robak, Gertrude Spieß.
Kassier: Hans Steiner.
Ein Gast aus Niederösterreich, Gen. Wicha jun., wurde auch begrüßt.
Das Referat bei der Landeskongress hielt unser Bundesvorsitzender Gen. Prof. Hugo Pepper zum Thema: „Unser Feind steht rechts“. Streiflichter seines Referates waren folgende: Mehr Flagge für den „kleinen Mann“ und für die arbeitenden Menschen soll unsere Partei zeigen. Stärkeres Engagement gegen die Politikverdrossenheit, Arbeitslosigkeit.

Wir gratulieren im Juli und August

Zum 75. Geburtstag: Karl Skalla, Wien; Meta Kodym, NO; Frieda Riedl, NO; Johann Kinzelberger, Wien; Ludmilla Lebl, OÖ; Wilhelm Scheer, Wien; Johann Hammerer, Wien; Felix Hauser, NO.

Zum 80. Geburtstag: Leopold Maurer, Stmk.; Margarete Löffler, Wien; Hermie Filipic, Wien; Helene Grundnig, Stmk.; Christine Koller, Stmk.; Ludwig Kubanek, OÖ; Rosa Vicek, Wien; Franz Obritzberger, Wien; Therese Ertl, Wien; Leopold Gaschler, OÖ; Wilhelmine Müllner, Bgld.; Maria Vocel, Wien; Johann Waldhauser, NO; Otto Hübner, NO.

Zum 85. Geburtstag: Anton Rostocil, Wien; Antonie Infeld, Ktn.; Anna Ulm, NO; Rupert Bock, NO; Maria Schebek, Wien; Franz Hadler, Stmk.; August Xaver, NO; Johanna Kohlbeck, Wien; Angela Stocker, Ktn.; Heinrich Helml, OÖ; Anna Wipplinger, Sbg.; Berta Reisinger, Sbg.; Maria Skala, Wien; Grete Haas, Wien; Wilhelmine Umlauf, NO; Hilde Hosztynek, Wien.

Zum 90. Geburtstag: Karl Janda, Wien; Martha Pleyl, Wien; Josef Nowak, Wien; Anna Stoiber, Wien; Marie Zimmerl, Wien.

Zum 91. Geburtstag: Oswald Krenn, Sbg.; Anna Leitner, Wien; Julie Prachinger, NO; Walter Hofstätter, OÖ; Boleslava Bambule, Wien.

Zum 92. Geburtstag: Rosa Jochmann, Wien; Antonia Rogy, Ktn.

Zum 93. Geburtstag: Maria Natmesnik, Ktn.; Franz Bellosits, NO; Leopold Helm, Wien.

Zum 98. Geburtstag: Michael Weninger, Wien; Josefa Czasny, Wien; Käthe Müllner, Wien; Maria Rosenwirth, Stmk.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 9/10 ist der 30. September 1993.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.